

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 27. September 2021

Annahme der «Ehe für alle» ist kein Freipass für den Ausbau der Fortpflanzungsmedizin und die Missachtung der Gewissensfreiheit

Der Souverän hat sich am 26. September 2021 mit rund 64 Prozent Ja-Stimmen für die Annahme der «Ehe für alle» inkl. Samenspende ausgesprochen. Unser Abstimmungskomitee respektiert den Volksentscheid und dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, welche uns ihr Vertrauen geschenkt und Nein gestimmt haben.

Das Abstimmungskomitee hat mit bescheidenen Mitteln einen wirkungsvollen und guten Abstimmungskampf führen können. In den letzten Wochen haben unsere Argumente immer mehr Rückenwind erhalten. Das zeigte sich auch in den letzten Umfragen von Mitte September, gemäss denen das Nein-Lager – völlig untypisch bei sog. Behördenvorlagen – stark an Boden gut machen konnte. Es ist uns gelungen, die öffentlichen Diskussionen stark auf Fragen des Kindeswohls zu lenken. So ist letztlich auch der Nein-Anteil in der Volksabstimmung höher ausgefallen als es die Umfragen prognostiziert haben.

Leider ist es uns nicht gelungen, eine Volksmehrheit zu erzielen. Der gesellschaftliche Trend war für uns nicht mehr zu korrigieren. Zu einseitig und voreingenommen war in mancherlei Hinsicht die Berichterstattung vieler Medien, die den Interessen der LGBT-Lobby seit Jahren als verlängerter Arm zugeordnet haben. Fragen um das Kindeswohl und das Recht der Kinder, bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen zu dürfen, wurden zu lange verschwiegen.

Der Trägerverein «Nein zur Ehe für alle», der das Referendum und die Abstimmungskampagne gegen die «Ehe für alle» als juristische Person getragen hat, wird auch nach der Volksabstimmung vom 26. September bestehen bleiben. Wir befürchten, dass die Ehe und die klassische Familie mit Vater und Mutter in Zukunft durch weitere politische Vorstösse geschwächt und relativiert werden sollen. Konkret halten wir Forderungen für realistisch, die Ehe durch eine sog. «Verantwortungs- oder Lebensgemeinschaft» zu ersetzen, mit der auch mehrere Erwachsene Ansprüche auf Kinder anmelden können, die nicht ihre leiblichen Kinder sind.

Ein konkreter Effekt der Annahme der «Ehe für alle» wird zudem sein, dass die Gewissensfreiheit von Zivilstandsbeamten und in naher Zukunft wahrscheinlich auch von Pastoren und Pfarrern der Landeskirchen bedroht sein wird. Sie werden in Zukunft voraussichtlich dazu gezwungen werden können, gegen ihre Überzeugung gleichgeschlechtliche Paare zu trauen. Laut der «NZZ am Sonntag» vom Juli 2021 kommen Juristen zum Schluss, dass zumindest die öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen homosexuelle Paare trauen sollten. Für uns aber ist wichtig, dass die Gewissensfreiheit gewahrt wird und niemand gegen seinen Willen und seine Überzeugungen dazu gezwungen werden kann, gleichgeschlechtliche Paare zu trauen.

Wir halten es für realistisch, dass neben lesbischen Paaren auch weitere Gruppen Ansprüche auf den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin stellen werden. Die Leihmutterchaft dürfte früher oder später aktuell werden. Bereits ist im eidg. Parlament ein Vorstoss der Grünliberalen hängig, der die Legalisierung der Eizellenspende fordert.



Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Der doch beachtliche Nein-Anteil sollte aber klar zum Ausdruck bringen, dass solche weitergehenden Forderungen von uns wirksam bekämpft werden können. Die Befürworter sollten sich in Zukunft zurücknehmen, wenn sie den Vorwurf der Salamtaktik ernsthaft von sich weisen wollen.

Wir danken all unseren Unterstützerinnen und Unterstützern, die sich mit viel Herzblut in diesem Abstimmungskampf engagiert haben. Wir werden wachsam bleiben.

Für weitere Auskünfte:

Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz, 071 463 23 90

Thomas Lamprecht, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 286 85 45

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch